

UNSER GRAZ

Das Programm der SPÖ Graz 2026



Ab in die Zukunft

Für ein Graz, das heute die Weichen für morgen stellt.

Graz, unsere Umweltstadt

Weil eine saubere Stadt eine bessere Stadt ist.

Stadt der Frauen

Für ein Graz, das Frauen wirklich stärkt.

... und viele Ideen mehr!

Denn Graz gehört allen, die hier leben und wirken.



DAS STEHT DRINNEN

- 03** VORWORT
von Doris Kampus
-
- 04** STADT DER ZUKUNFT
-
- 12** STADT DES GEMEINWOHLS
-
- 20** UMWELTSTADT GRAZ
-
- 26** STADT DER FRAUEN
-
- 29** STADT DES MITEINANDERS



EIN WORT VORAB...

Was ich mir für Graz wünsche, ist eigentlich ganz einfach: dass alle gut leben können – Frauen und Männer, Jung und Alt, seit Jahrzehnten hier und gerade erst angekommen. Dass unsere Stadt sauber, sicher und sozial ist. Dass Chancen nicht vom Geldbörstel oder vom Geschlecht abhängen, sondern von Mut und Einsatz. Dafür stehen wir mit konkreten Maßnahmen – wie etwa 17 Gesundheitszentren in 17 Bezirken, damit medizinische Versorgung wirklich alle erreicht, egal wo in Graz man lebt. Dieses Programm ist unser Weg dorthin – erarbeitet von vielen, gedacht für alle. Ich lade euch ein, ihn gemeinsam mit uns zu gehen.



EURE DORIS KAMPUS



STADT DER ZUKUNFT

Für ein Graz, das heute die Weichen für morgen stellt.



05 Nachhaltige Stadtentwicklung nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten

Die Einbindung des Steirischen Zentralraumes ist für die Stadtentwicklung unabdingbar. Da die Stadtgrenzen immer deutlicher mit den Umlandgemeinden verschwimmen, müssen sie neu definiert sowie im Konzept der Zukunftsstadt Graz 2035 mitbedacht werden. Partizipationsmöglichkeiten und Kompetenzen auf Bezirksebene (Bezirksvertretungen) müssen ausgebaut werden.

Einbindung von Bürger:innen und mehr Bezirksdemokratie

Ein wesentliches Ziel der Sozialdemokratie ist, dass in Zukunft Bezirke wie auch Bürger:innen in Entscheidungen weit mehr eingebunden werden, Beschlüsse nicht in erster Linie am Grünen Tisch im Rathaus gefasst, sondern – soweit möglich – vor Ort entschieden werden, und das unter Einbindung der Betroffenen, also sowohl der Bezirksvertretungen als auch der BürgerInnen. Dazu bedarf es zusätzlicher Kompetenzen für die Bezirke. Wir Sozialdemokra:innen wollen, dass Probleme, die vor Ort am besten wahrnehmbar sind, auch dort gelöst werden. Daher braucht es starke Bezirksvertretungen. Mit der großen Bezirksdemokratie-reform haben wir bereits einen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Unsere Bezirksvertretungen werden in Zukunft über ein größeres Budget verfügen und mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung des öffentlichen Raums haben.





Digitalisierung und BürgerInnenbeteiligung im Sinne der Vielen

Wir leben bereits in einer digitalisierten Welt. Entscheidend für die Sozialdemokratie ist es, die Digitalisierung zum Vorteil der Menschen zu nutzen. Um für diese und andere Herausforderungen der Zukunft gewappnet zu sein, ist Bildung unerlässlich.

Unterstützung

In der „Zukunftsstadt Graz“ profitieren alle von den positiven Aspekten des technologischen Fortschritts. Um diese Vision Realität werden zu lassen, ist es notwendig, mehrere Weichenstellungen vorzunehmen. Momentan ist es vor allem für ältere MitbürgerInnen schwierig, mit den rasch voranschreitenden neuen Technologien Schritt zu halten. Im Gegensatz dazu werden Kinder und Jugendliche häufig zu früh, und ohne die dafür nötigen sozialen Kompetenzen erlernt zu haben, mit den Auswirkungen der Digitalisierung konfrontiert. Für uns SozialdemokratInnen ist klar, dass wir beide Gruppen bei der Bewältigung der Herausforderungen des digitalen Zeitalters unterstützen müssen. Daher wollen wir sicherstellen, dass alle Personen, die das möchten, an der Digitalisierung partizipieren können. Zu diesem Zweck ist die Schaffung von digitalen Kompetenzlehrgängen geplant.

Erleichterung der Arbeit

Neben dem gesellschaftspolitischen Aspekt der Digitalisierung sind vor allem ihre Auswirkungen auf die Arbeitswelt von Bedeutung. Durch den technischen Fortschritt bedingt ergeben sich zahlreiche Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung. Diese betreffen sowohl den öffentlichen Sektor als auch den privatwirtschaftlichen Bereich. Für uns als Sozialdemokratie muss das zur Verkürzung der Arbeitszeit führen. Auch eine schon seit längerem diskutierte Wertschöpfungsabgabe sowie die Besteuerung großer Konzerne müssen ins Auge gefasst werden.

Freie Entscheidung

In der „Zukunftsstadt Graz“ erleichtert die Digitalisierung die Arbeit der Menschen. Es muss aber auch weiterhin die Möglichkeit bestehen, alle Amtswegen auf herkömmliche Art beschreiten zu können. In diesem Sinne ist die „Zukunftsstadt Graz“ eine Vision, in der die voranschreitende Modernisierung den Menschen dient und in der sich die BürgerInnen frei dafür entscheiden können, in welchem Ausmaß sie neue Technologien nutzen möchten.

Mitspracherecht stärken

Wie im Digitalisierungsbereich möchten wir das Mitspracherecht der Stadtbevölkerung auch in anderen Fragen stärken. In der „Zukunftsstadt Graz“ sollen die BürgerInnen stärker als bisher in Entscheidungsfindungsprozesse eingebunden werden. Dazu ist ein umfassender Ausbau der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene erforderlich. Die Übertragung dieser Entscheidungskompetenz ist jedoch nur der erste Schritt in Richtung einer weitreichenderen BürgerInnenbeteiligung. So sollen sich engagierte Menschen direkt mit Vorschlägen an die Stadtverwaltung wenden können.

Chancengleichheit in Schulen als Voraussetzung für eine gerechte Zukunft

Für uns Sozialdemokrat:innen ist klar, dass Bildung allen Menschen in gleichem Ausmaß zusteht. Nur wenn die gesamte Bevölkerung – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Religion – den freien Zugang zur bestmöglichen Bildung hat, kann das Zusammenleben in Zukunft positiv gestaltet werden. Wir Sozialdemokrat:innen wollen die jahrzehntelange konservative Herangehensweise in der Schul- und Bildungspolitik auflösen und damit Bildungsgerechtigkeit im Sinne gleicher Bildungschancen für alle erreichen. Nicht die wirtschaftliche Verwertbarkeit, sondern die Entwicklung junger Menschen zu selbstständigen und kritisch denkenden BürgerInnen steht für uns an erster Stelle. Nur so wird echte BürgerInnenbeteiligung erst möglich. Denn unsere „Zukunftsstadt Graz“ soll, von ihren BürgerInnen geführt, gestaltet werden.

Chancengleichheit

Wichtigste Grundvoraussetzung für die Umsetzung unserer Visionen ist die Einführung der gemeinsamen Gesamtschule der 6 bis 14-Jährigen in verschränkter Form.



Sie dient dem Abbau sozialer Unterschiede und sorgt für Chancengleichheit. Gleichzeitig muss die Schulzeit auf die Nachmittagsstunden ausgedehnt werden. Dabei geht es nicht darum, die SchülerInnen länger dem Frontalunterricht auszusetzen, sondern dafür zu sorgen, dass sie individuell gefördert werden können. Generell soll die Schule zu einem Ort werden, in dem auch künstlerische und sportliche Aktivitäten wieder verstärkt Platz finden. Die längeren Schultage können allerdings nur gut funktionieren, wenn es zu einer Adaptierung der Schulgebäude kommt, um damit den SchülerInnen und PädagogInnen den Platz zu geben, den sie benötigen. Mit einer entsprechenden Ausstattung ist es deutlich einfacher, gute Leistungen zu erbringen. Um effektiver auf die individuellen Bedürfnisse der SchülerInnen eingehen zu können, ist auch eine bessere Ausbildung der Schulassistentenkräfte notwendig. Diese müssen darüber hinaus verstärkt eingesetzt werden.

Die eklatanten Bildungsunterschiede zwischen den Grazer Stadtteilen sind längst nicht mehr tragbar. Daher ist eine Angleichung der Schulqualität im Osten und Westen der Stadt notwendig. Durch eine bessere soziale Durchmischung kann die Entstehung von sogenannten Brennpunktschulen vermieden werden. Bereits bestehende Probleme müssen eindeutig adressiert werden. In den meisten Schulen, in denen der Anteil an Schülern mit nicht-deutscher Erstsprache bei weiter über 70 Prozent liegt, gibt es naturgemäß Probleme. Diese sind teils so groß, dass ein geregelter Unterricht kaum noch möglich ist. Das sozialdemokratische Versprechen des Aufstiegs durch Bildung ist in einem solchen Umfeld kaum noch zu verwirklichen. Wir haben daher erfolgreich dafür gekämpft, dass Brennpunktschulen mehr Geld erhalten. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Gleichzeitig ist es wichtig, dass die Werte des säkularen Humanismus in allen Schulen eingehalten werden. In keiner Schule dürfen religiöse Vorstellungen von Schülern oder Eltern über dem Gesetz stehen.

Sozioökonomische Unterschiede dürfen darüber hinaus kein Faktor für Bildungserfolg oder Scheitern im Bildungsweg sein. Im Graz der Zukunft sollen Benachteiligungen der Vergangenheit angehören. Aus diesem Grund ist für uns SozialdemokratInnen klar, dass Graz hier eine Vorreiterrolle durch progressive Schulversuche einnehmen muss.

Hochschulstadt Graz

Graz ist auch eine Hochschulstadt. Mit mehreren Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen ermöglicht Graz über 50.000 Studierenden den Bildungserwerb. Damit trägt die Stadt eine große Verantwortung. Allen Menschen, die studieren wollen, muss das ermöglicht werden – unabhängig von Herkunft, Sprache oder sozioökonomischem Status. Doch auch die Hochschulen sind in der Verantwortung. Sie müssen Stätten des freien und kritischen Denkens, des Fortschritts der Gesellschaft, des konstruktiven Austausches und der Selbstverwirklichung sein. Es ist daher Hochschulen verstärkt Kooperationen anstreben und gemeinsam zur Entwicklung von Graz beitragen. Zudem haben die Grazer Hochschulen auch international einen hohen Stellenwert und locken viele internationale Studierende in die Stadt. Graz muss weiterhin diesen kulturellen Austausch stärken. Nicht umsonst setzt die Karl-Franzens-Universität schon seit Jahren auf die Internationalisierung mit Einrichtungen wie ihrem Zentrum für Südosteuropastudien oder dem Konfuzius-Institut.

Hürden abbauen

Betrachtet man Österreich im internationalen Vergleich, zeigt sich eines: Die Quote an Studierenden und AkademikerInnen ist äußerst niedrig. Es muss unser Ziel sein, das Studieren für junge Menschen zu erleichtern und Hürden abzubauen. So entsprechen die Altersgrenzen für Beihilfen ganz und gar nicht der Studierendenrealität:

Die Grenze für die Familienbeihilfe liegt beispielsweise bei 24 Jahren, während das Durchschnittsalter der Studierenden bei über 26 Jahren liegt. Gerade nicht-traditionell Studierende, die z. B. erst auf dem zweiten Bildungsweg ein Studium aufnehmen, haben dadurch meist gar keinen Anspruch auf staatliche Beihilfen. Ein weiteres massives Problem ist, dass Beihilfen nur für sehr begrenzte Zeit gewährt werden. Im Bachelorstudium gibt es für die Studienbeihilfe nach der Mindeststudienzeit nur ein einziges Toleranzsemester. Zahlreiche Faktoren, auf die die Studierenden oftmals keinen Einfluss haben, verhindern aber ein derart schnelles Vorankommen, weshalb nur ein Bruchteil der Studierenden das Studium innerhalb der Mindeststudienzeit abschließt. Seien es Überschneidungen von Lehrveranstaltungen, Wartelisten, aber auch Betreuungspflichten oder Krankheiten – Studierende stoßen auf zahlreiche Hindernisse. Dazu kommt, dass die Höhe der Beihilfen kaum reicht, um sich den Lebensunterhalt zu finanzieren. Durch Erwerbstätigkeit verzögert sich jedoch die Studienzeit und somit der Anspruch auf Beihilfen. Es braucht daher Studienmodelle, die den Bedürfnissen der Studierenden gerecht werden und zeitgemäß sind. Die Einführung eines Teilzeitstudiums, ein flexibles Lehrveranstaltungsangebot, das unter anderem mithilfe der Digitalisierung bereitgestellt werden kann, sowie die Reformierung der Beihilfenmodelle sind Maßnahmen, die allen voran den Studierenden, aber auch den Lehrenden den Hochschulalltag erleichtern würden.

Stärkung der Mitbestimmung

Neben der Forderung nach einem freien und offenen Hochschulzugang ohne Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen, der finanziellen Absicherung von Studierenden, der Stärkung von Mitbestimmungsrechten von Studierenden im Zuge eines Demokratisierungsprozesses der Hochschulen sowie einem leistbaren Wohn- und Mobilitätsangebot in der Stadt Graz, muss es ein Anliegen auf

Bundesebene sein, die Hochschulen auszufinanzieren, um Bildung in Österreich wieder als Motor unserer Gesellschaft zu begreifen und ihren Stellenwert zu geben, den sie verdient.

Stadtplanung- und Stadtentwicklung

In den Bereichen Verkehr, Wohnen, Umwelt, Soziales, Jugend und Familie sowie Frauen sind auf jeden Fall auch langfristige Schwerpunkte zu setzen

Bei Planungsmaßnahmen sind der Bevölkerung zeitgerechte Partizipationsmöglichkeiten einzuräumen

Die Kompetenzen des Bezirkrates müssen ausgebaut werden (Parteienstellung, mehr Budget, Aktuelle Stunde im Gemeinderat)(teilweise erreicht)

Eine Erhöhung des Budgets soll den finanziellen Spielraum der Bezirke stärken (erreicht)

Mitsprachrecht der Bezirksvertretungen bei der Gestaltung des öffentlichen Raumes (bspw. Parks, Spielplätze)(teilweise erreicht)

Bei Großprojekten, die den Bezirk betreffen, müssen mindestens zwei BezirksvertreterInnen Anhörungsrecht in den städtischen Ausschüssen erhalten und somit die Meinung der Bezirksvertretung wiedergeben (teilweise erreicht)

Stärkung der Zusammenarbeit des Steirischen Zentralraumes

Verwirklichung von gemeinsamen Kulturprojekten in Graz und Graz-Umgebung

Förderung eines mittelfristig anzustrebenden Zusammenwachsens der Gemeinden des Zentralraumes

Einführung eines interkommunalen Finanzausgleichs im Großraum Graz, um die finanzielle Belastung der Stadt Graz zu reduzieren und um von den Umlandgemeinden einen gerechten Anteil für Infrastrukturkosten zu erhalten

Bürger:innenbeteiligung

Ausbau der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene (Weiterfassung des Begriffes, Installierung von -projektbezogenen-BürgerInnenbeirat)

Installierung von BürgerInnenbeiräten. Durchmischung erreichen nach sozialwissenschaftlichen Standards

Ausbau der Minderheitenrechte im Gemeinderat und im Bezirksrat

Vertretung aller Gemeinderatsparteien in den Aufsichtsräten der städtischen Unternehmungen/ Beteiligungen

Einführung einer Aktuellen Stunde im Gemeinderat (erreicht)



Digitalisierung

Jede städtische Digitalisierungsmaßnahme muss das Wohl der Menschen berücksichtigen

Flächendeckendes, kostenloses WLAN in Graz sowie in den Fahrzeugen der Holding Graz Linien

Einrichtung von Digitalkompetenzlehrgängen für alle GrazerInnen

Aufbau eines modernen Beschwerdemanagements im Haus Graz (erreicht)

Alle städtischen Einrichtungen müssen bedarfsgerecht mit technischen Geräten und geschultem Personal versorgt werden

Auch Anspruch auf analoges Leben gewährleisten

Hilfestellung bei Schwierigkeiten

Etablierung von Digitalisierungskursen

Förderung und Umsetzung eines flächendeckenden Breitbandausbaus

Bildung

Graz muss Vorreiter im Bereich der lernwirksamen und zukunftsorientierten Schulmodelle sein

Das West-Ost-Gefälle im Bildungsbereich bzw. die Chancenungleichheit von Kindern in sogenannten Brennpunktschulen gegenüber jenen in „besseren“ Bezirken sind abzubauen, etwa durch die Zuweisung von schulautonomen Mitteln nach Sozialindex, durch bessere Ausstattung sowie gezielte Förderungen im Bereich Teamteaching (teilweise erreicht)

Die gemeinsame inklusive Schule der 6- bis 14-Jährigen in verschränkter Form muss endlich Realität werden

Mehr Schulassistentenkräfte

VerwaltungsassistentInnen an allen Grazer Schulen, um DirektorInnen bei dem immer mehr ausufernden bürokratischen Aufwand zu entlasten und sie besser dort einzusetzen, wo sie wirklich hingehören: in die Klassen, in die Arbeit mit Eltern, in die Schulentwicklung (teilweise erreicht)

SozialarbeiterInnen müssen Teil des Schulstandortpersonals sein

Erneute Etablierung des Schulverbundes Graz-West

Bessere Vernetzung der städtischen Schulen mit Jugendamt und Sozialamt

Durch strategische Wohnpolitik ist eine gerechtere Verteilung von SchülerInnen mit erhöhtem Sprachförderbedarf zu gewährleisten, denn nur so ist die Entstehung von Brennpunktschulen zu verhindern

Das Lehrpersonal an Brennpunktschulen muss durch kostenlose DolmetscherInnen unterstützt werden

Schulhöfe und Turnsäle müssen auch nach dem Ende des Unterrichts für Vereine kostenlos zugänglich sein

Angebote für künstlerische und sportliche Aktivitäten müssen verstärkt in der Schule ausgebaut werden

Ausweitung der Bewegungsoffensive an den Grazer Schulen in Kooperation mit den Vereinen und eine gleichzeitige Verbesserung der Infrastruktur



Pflichtschulgebäude und -räumlichkeiten müssen je nach Bedarf neu gebaut, ausgebaut oder modernisiert werden

Umfassende Sanierung aller schulischen Sportanlagen

Schulen müssen bedarfsgerecht mit den neuesten Technologien ausgestattet werden

Einführung eines Schulstartpakets für alle Grazer Schülerinnen und Schüler

Einheitliche finanzielle Unterstützung aller Grazer SchülerInnen, unabhängig welcher Schulstufe

Ausweitung des Fonds für Aufstieg & Entwicklung

Einrichtung von anreizorientierten Elternschulen zum Zweck des Erlernens von Kompetenzen in den Bereichen Pädagogik und Frauenrechte sowie zur allgemeinen Einführung in die Regeln des österreichischen Schulsystems

Erhöhung des Budgets für technische Ausstattung der Schulen, ausschließlich in Rücksprache mit den jeweiligen Schulen

Förderung der Kooperation zwischen der Stadt und den Hochschulen

Vernetzung der Grazer Hochschulen im Sinne der Stadt und Gesellschaft

Förderung von gemeinsamen Projekten mit den Grazer Schulen und Hochschulen

Die maximale Klassengröße soll 15 SchülerInnen nicht überschreiten

Brennpunktschulen brauchen mehr finanzielle Mittel, bessere Rahmenbedingungen, moderne Ausstattung und die erforderlichen räumlichen Ressourcen

Das Bildungssystem ist auf allen Ebenen insgesamt durch Rahmenbedingungen, Ressourcenverteilung und Lehrpläne darauf auszurichten, nicht Eliten zu fördern, sondern bestmögliche Bildung für alle zu gewährleisten

An Brennpunktschulen müssen in den ersten beiden Schulstufen zwei PädagogInnen pro Klasse unterrichten

Sobald der Anteil an Schülern mit Sprachförderbedarf in einer Klasse 25 Prozent überschreitet, muss mehr Lehrpersonal zur Verfügung gestellt werden

Senkung der Höchstzahl an SchülerInnen

Die kostenfreie und verschränkte Ganztagschule muss endlich Realität werden

Der freie und offene Hochschulzugang muss wieder Realität werden

Arbeitnehmer:innen sollen sich eine Arbeitswoche pro Jahr weiterbilden dürfen

Anhebung der Studienbeihilfen auf ein existenzsicherndes Niveau

Abschaffung der Altersgrenzen für den Studienbeihilfenbezug

Ausweitung der Toleranzsemester für den Studienbeihilfenbezug

Automatische Direktauszahlung der Familienbeihilfe an die Studierenden

Einrichtung einer Schlichtungsstelle für Unterhaltsfragen für Studierende

Ein flexibles Lehrveranstaltungsangebot, das sich an den Bedürfnissen der Studierenden orientiert, mit Hilfe der Digitalisierung schaffen



Bezahlte Freistellungen vom Job bei Prüfungen an den Hochschulen

Kostenlose Nachhilfe in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik in der Schule

Einführung des Status Teilzeitstudierende/r

Ausbau der Förderstunden

Demokratisierung der Hochschulen und Stärken der Mitbestimmung von Studierenden

Schaffung von mehr Medizin-Studienplätzen an der MedUni Graz

Abschaffung des Studienbeitrags für Drittstaatstudierende

Abschaffung von Aufnahmeprüfungen in Bildungseinrichtung

Ausbau des betrieblichen Tageselternmodells und der betrieblichen Kinderkrippen- und Kindergartengruppen in Verbindung mit einem nicht verpflichtenden Rechtsanspruch

Altersgrenze für Mitversicherung für Studierende bis zum 30. Lebensjahr anheben

Kostenloses und gesundes Mittagessen in allen Schulen und Kinderbildungseinrichtungen

Kostenloser Zugang zur Matura am zweiten Bildungsweg bis zum 24. Geburtstag

Einführung echter Schulautonomie

Attraktivierung der Lehre

Flächendeckende Schulsozialarbeit für alle Schulformen in allen Schulen

Werbeoffensive für Lehrberufe

Bessere soziale Durchmischung in Schulen garantieren

Überbetriebliche Lehrausbildungen absichern und ausbauen

Verdoppelung der Planstellen für Schulpsychologen

Lehrlingsgehälter anheben

Abschaffung segregativer Elemente im Schulsystem

Tägliche Turnstunde

Klimagerechte Schulsanierungen

Lebensbegleitendes Lernen fördern



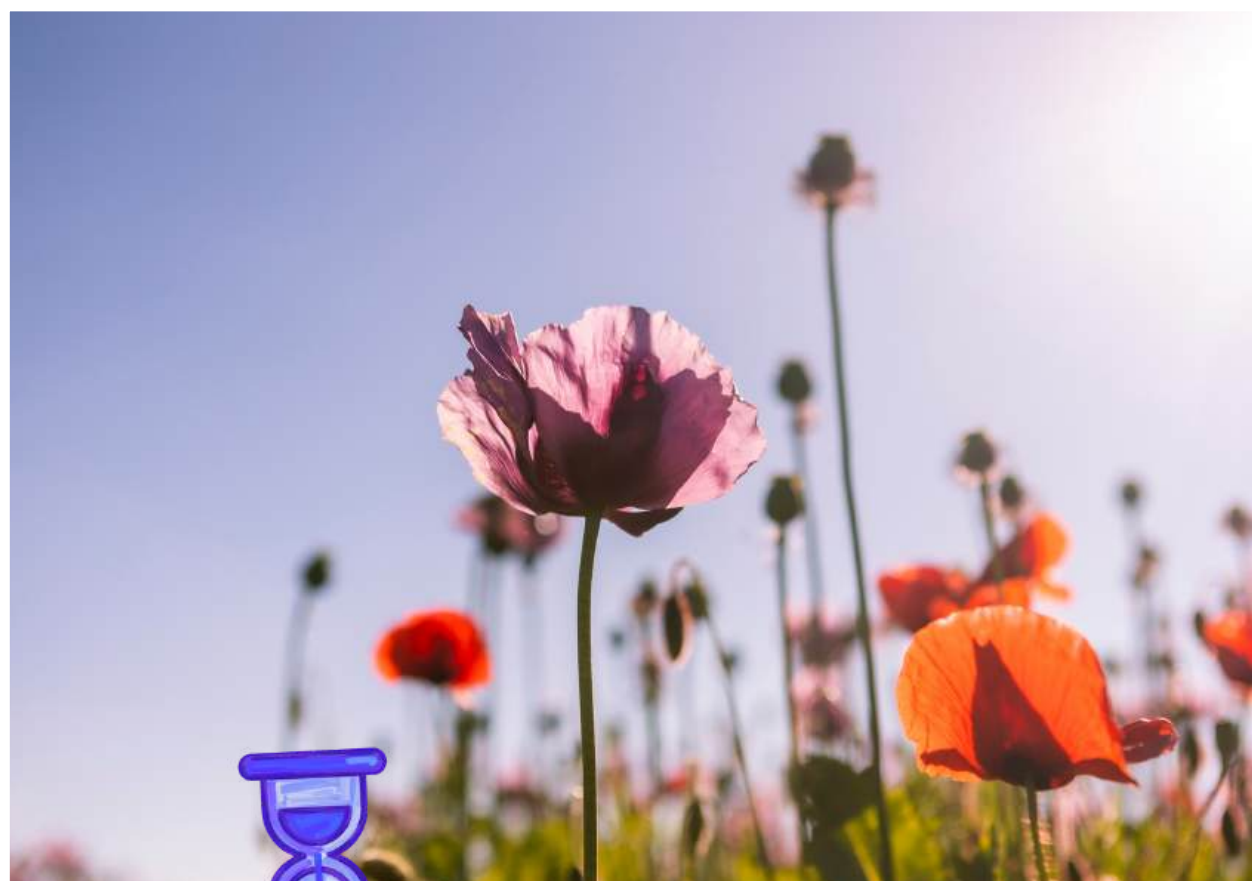
STADT DES GEMEINWOHLS

Wenige Menschen besitzen ein Vermögen, das jenes des gesamten Staates Österreich übersteigt

Mit dieser Vermögenskonzentration geht eine große Machtkonzentration in den Händen einzelner, nicht nach den Prinzipien des Gemeinwohls handelnder Personen einher. Setzt sich der Trend der letzten Jahrzehnte fort, wird die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergehen. Diese Entwicklung ist für die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung mit Nachteilen verbunden. Wir müssen nicht nur kommunal-, landes- und bundesweit entschiedene Maßnahmen setzen, sondern auch europaweit. In der „Europa-Stadt Graz“ kämpfen wir gemeinsam mit der europäischen Sozialdemokratie für eine sozialere, gerechtere, ökologischere und integrativere Europäische Union.

Wachsende Ungleichheit

Letztendlich hat die rasant wachsende Ungleichheit unmittelbar negativen Einfluss auf alle Menschen in unserer Stadt. Am ehesten spürt die Bevölkerung dies im Bereich des Wohnens. Das menschliche Grundbedürfnis nach einem Dach über dem Kopf wird immer schwerer leistbar. Dafür ist vor allem der zu hohe Anteil an privaten Akteuren auf dem Wohnungsmarkt verantwortlich.





Leistbares Wohnen

Wir SozialdemokratInnen stehen für eine Stadt, in der leistbares Wohnen für alle GrazerInnen in allen Bezirken zur Realität wird. Das menschliche Grundbedürfnis nach einem Dach über dem Kopf darf nicht nur für einige wenige leistbar sein. Die aktive Grundstücksvorsorge sowie die Nutzung von Steuerungselementen im Stadtentwicklungskonzept und im Flächenwidmungsplan gehören ebenso wie der Einsatz für zielorientierte Widmungskategorien für den geförderten Wohnbau in der Raumordnung zu den Maßnahmen, mit denen die Sozialdemokratie Wohnungspolitik im Sinne der Vielen betreiben will.

Öffentliche Hand anstelle von neoliberalen Privatisierungswahn

Eine Stadt des Gemeinwohls zu schaffen ist das oberste Ziel sozialdemokratischer Kommunalpolitik. In allen Politikbereichen muss die öffentliche Hand wieder an Einfluss gegenüber der Privatwirtschaft gewinnen. Wesentlich ist auch eine aktive kommunale Arbeitsmarktpolitik, um gute Arbeitsplätze bei fairer Bezahlung sicherzustellen. Wir unterstützen Betriebsansiedlungen im Stadtgebiet. Jedoch stehen städtische Subventionen nur jenen Unternehmen zu, die soziale sowie ökologische Standards achten und damit zum Gemeinwohl beitragen. Wir machen Politik für die Menschen in dieser Stadt und nicht für Konzerne.

Städtische Unternehmen als Vorbilder

Ein zentrales Instrument aktiver städtischer Politik sind die stadteigenen Unternehmen und Beteiligungen. Generell müssen diese Unternehmen eine Vorbildfunktion erfüllen. Daher ist es unserer Ansicht nach notwendig, in diesen Betrieben mitarbeiterInnenfreundliche Arbeitszeitmodelle – gemeinsam mit der Belegschaftsvertretung entwickelt – umzusetzen und so auch zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Vorsorge in städtischer Hand

Im Sinne einer gemeinwohlorientierten städtischen Wirtschaftspolitik treten wir dafür ein, dass die gesamte Daseinsvorsorge – und dazu zählen wir alle wichtigen Bereiche wie Strom- und Wasserversorgung, öffentlicher Verkehr, die Kinderbetreuung, Freizeiteinrichtungen wie Spielplätze, öffentliche Bäder, Parks, Müll- und Abwasserentsorgung, Grünraum usw. – in städtischer Hand zu sein hat.

Wohnungspolitik für die Vielen

Der Wohnungsbereich ist das Herzstück der sozialdemokratischen Politik des Gemeinwohls. Hier setzen wir klare Prioritäten im Sinne der Mehrheit der Stadtbevölkerung. Für uns steht fest, dass es eine ganz eindeutige Rangordnung im Wohnbau geben muss. An oberster Stelle steht dabei der Bau von Gemeindewohnungen. Darauf folgt der genossenschaftliche Wohnbau. Anlegerwohnungen, die zulasten des Grünraums gehen, nur Infrastrukturkosten verursachen und ausschließlich als Wertanlage dienen, sind strikt abzulehnen. Jede städtebauliche Maßnahme hat sich an diesen Prinzipien zu orientieren, denn nur so kann eine Trendwende in der Wohnungspolitik in Richtung des leistbaren Wohnens geschafft werden. Damit gewinnt die öffentliche Hand zwangsläufig mehr Einflussmöglichkeiten auf die Preisgestaltung.

Wohnraummobilisierung

Parallel dazu ist es notwendig, den leerstehenden Wohnraum in Graz zu mobilisieren – ExpterInnen sprechen in diesem Zusammenhang von bis zu 10.000 Wohnungen im gesamten Stadtgebiet. Dazu ist eine Leerstandsabgabe Voraussetzung. Die gesetzliche Möglichkeit, diese umzusetzen besteht. Es ist jedoch notwendig das über Jahrzehnte hinweg vernachlässigte Grazer Wohnungsregister auf den neuesten Stand zu bringen. Daran arbeitet die Stadtregierung unter unserer Führung. Fest steht nämlich, dass je mehr Wohnungen zur Vermietung freistehen, desto weniger Grünraum verbaut werden muss. Umso günstiger werden die Mieten. Wohnungsspekulation kann so effektiv vermieden werden.

Mietpreisobergrenze

Die Einführung der Mietpreisobergrenze durch die Bundesregierung war ein wichtiger Schritt für mehr leistbares Wohnen. Sie hilft zehntausenden Grazerinnen und Grazern. Dennoch ist im Bereich des Wohnens noch viel zu tun. Von der Landesregierung fordern wir die Einführung der Widmungskategorie „Geförderter Wohnbau“ im Raumordnungsrecht. Anders als bisher muss der Bau von Gemeindewohnungen nicht fast ausschließlich auf den Westteil der Stadt beschränkt werden. So kommt es automatisch zu einer dringend benötigten sozialen Durchmischung. Alles, was wir bisher erreicht haben und was wir noch erreichen wollen, bringt uns dem Ziel einer gerechten Wohnungspolitik in einer gemeinwohlorientierten Stadt näher.

Ein gesundes Graz

Gesundheit ist das wichtigste Gut einer Gesellschaft. Wir sind der festen Überzeugung, dass es die Aufgabe der Stadt des Gemeinwohls ist, den Menschen die bestmögliche Gesundheitsversorgung zu garantieren.



Diese darf niemals von der finanziellen Situation abhängig sein. Deshalb ist für uns klar, dass alle Aspekte des städtischen Gesundheitssystems in öffentlicher Hand sein müssen. Wir lehnen die derzeit vorherrschende Zwei-Klassen-Medizin ebenso ab, wie jede Form der Gewinnerorientierung im Gesundheitsbereich. Außerdem müssen die regionalen Unterschiede in der Qualität der Gesundheitsversorgung bekämpft und beendet werden. Die Menschen in allen Teilen unserer schönen Stadt, haben sich die beste Gesundheitsversorgung verdient. Unsere Vision ist ein gesundes Graz, in der sich die Stadt des Gemeinwohls von der Geburt bis zur Pflege um alle Menschen kümmert.

Gesundheitszentren in allen Grazer Stadtbezirken

Wir wollen die gleichmäßige gesundheitliche Versorgung aller Grazer Stadtteile, durch die Schaffung von Gesundheitszentren in allen Bezirken verwirklichen. In diesen Zentren soll ein Mix an kompetenten medizinischen Fachkräften schnell helfen. Sie dienen als zentrale Anlaufstelle für die medizinische Grundversorgung. Gleichzeitig wollen wir Facharztstellen ausbauen. Begleitend soll es zu einem flächendeckenden Ausbau von Primärversorgungszentren kommen. Lange Wartezeiten können so vermieden werden.

Grazer Pflegeoffensive

Mit dem Pilotprojekt der Anstellung von pflegenden Angehörigen haben wir in Graz einen Meilenstein gesetzt. Wir wollen den Erfolgsweg fortsetzen und in den nächsten Jahren noch mehr Menschen, die ihre Familienmitglieder zuhause pflegen, bestmöglich helfen. In größerer Hinsicht betrachtet, ist es unser Ziel mehr Gemeinwohlorientierung ins Pflegesystem zu implementieren. Es darf nicht sein, dass mit der Pflege von bedürftigen Menschen Gewinn gemacht wird. In der Stadt des Gemeinwohls ist das Pflegesystem ausschließlich in öffentlicher Hand. Das sorgt für bessere Arbeitsbedingungen, einen besseren Personalschlüssel und für eine höhere Pflegequalität. Tageszentren wollen wir darüber hinaus weiter ausbauen. Oberstes Ziel ist es, allen pflegebedürftigen Menschen bedarfsgerecht zu helfen.

WOHNEN

Grazer Wohnbauoffensive: Mehr Gemeindewohnungen und mehr Übertragungswohnbauten durch Genossenschaften im gesamten Grazer Stadtgebiet (erreicht)

Bessere soziale Durchmischung bei neuen Wohnbauprojekten sicherstellen

Großzügigere Ausweisung von Vorbehaltsflächen für den leistbaren Wohnbau in allen Grazer Stadtbezirken – idealerweise in Verbindung mit einer neuen Widmungskategorie „Geförderter Wohnbau“ als preisdämpfendem Element nach Wiener Vorbild

Vorausschauend offensivere Grundstückssicherung/Grundstücksankäufe durch die Stadt Graz für leistbares Wohnen

Forcierung der Leerstandserhebung (teilweise erreicht)



Schaffung eines bundesweiten Wohnungsregisters

Derzeit leerstehende Wohnungen sollen unter anderem auch durch Anreizmodelle wieder am Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen

Einführung einer zweckgebundenen Leerstandsabgabe

Bekämpfung des Wohnungsleerstands

Nur wo es mit dem Stadtbild in Einklang zu bringen bzw. gegenüber der Bevölkerung vertretbar ist, kann die Aufstockung von Wohnhäusern, sprich: Verdichtung, forciert werden. Diese Maßnahme hat gegenüber der weiteren Versiegelung klaren Vorrang

Schutz/Erhalt bzw. die qualitative Verbesserung und Sanierung von Altbestand gehen vor. Weniger Neubau bedeutet weniger Versiegelung, mehr Grün- und Erholungsraum & bessere Nutzung vorhandener Infrastruktur

Vorgärten sind wegen ihrer großen stadtklimatischen Bedeutung im Stadtentwicklungskonzept, im räumlichen Leitbild, im Flächenwidmungsplan und in den Bebauungsplänen mehr Stellenwert einzuräumen

Einschränkung des Baus von Anlegerwohnungen/ Mikrowohnungen

Bessere Durchmischung von Bauprojekten mit verschiedenen Wohnungstypen (etwa über Bebauungspläne), um so zu verhindern, dass ganze Wohnblöcke praktisch ausnahmslos aus kleinen Anlegerwohnungen bestehen

Eröffnung der Möglichkeit neuer, kombinierter Wohnformen im Gemeindebau/ Übertragungswohnbau mit teils privaten und teils gemeinschaftlich zu nutzenden Räumen

Entwicklung einer Wohnungsdrehscheibe analog zur Pflegedrehscheibe

Infrastruktur vor Bau: Neue Wohnanlagen sollen nur nach bereits bestehender Verkehrsinfrastruktur errichtet werden

Der Grünflächenanteil muss im Wohnbaubereich erhöht werden

Ausbau des leistbaren Wohnraumes für Studierende

Aufstockung des Kautionsfonds

Zur Bekämpfung von Wohnungsleerstand und hohen Mieten soll die Stadt Graz ein Wohnungsankaufprogramm starten. Dabei sollen leerstehende Wohnungen zum Verkehrswert angekauft und als kommunale Wohnungen weitervermietet werden

Der leistbare Wohnbau muss mindestens 50% des gesamten Wohnbauvolumens ausmachen

Rückflüsse aus dem geförderten Wohnbau sollen zweckgebunden verwendet werden

Geförderter Wohnbau/förderbarer Wohnraum soll im Raumordnungsgesetz als eigene Kategorie verankert werden

Festlegung einer Mietpreisobergrenze durch den Bundesgesetzgeber (erreicht)

Forcierung der Leerstandserhebung (teilweise erreicht)

Schaffung eines bundesweiten Wohnungsregisters

Derzeit leerstehende Wohnungen sollen unter anderem auch durch Anreizmodelle wieder am Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen

Einführung einer zweckgebundenen Leerstandsabgabe

Bekämpfung des Wohnungsleerstands

Nur wo es mit dem Stadtbild in Einklang zu bringen bzw. gegenüber der Bevölkerung vertretbar ist, kann die Aufstockung von Wohnhäusern, sprich: Verdichtung, forciert werden. Diese Maßnahme hat gegenüber der weiteren Versiegelung klaren Vorrang

Schutz/Erhalt bzw. die qualitative Verbesserung und Sanierung von Altbestand gehen vor. Weniger Neubau bedeutet weniger Versiegelung, mehr Grün- und Erholungsraum & bessere Nutzung vorhandener Infrastruktur

Vorgärten sind wegen ihrer großen stadtklimatischen Bedeutung im Stadtentwicklungskonzept, im räumlichen Leitbild, im Flächenwidmungsplan und in den Bebauungsplänen mehr Stellenwert einzuräumen

Teilweise Abschöpfung von Umwidmungsgewinnen für Investitionen in den leistbaren Wohnbau

Änderung bei befristeten Mietverträgen zugunsten der MieterInnen:
Eine Kündigung unter Einhaltung einer Kündigungsfrist soll in Zukunft nicht mehr einseitig nur für VermieterInnen möglich sein, sondern auch MieterInnen sollen – unter Einhaltung einer Kündigungsfrist – das Recht auf vorzeitige Kündigung ihres Mietvertrages haben.

Abschaffung der Maklergebühren für MieterInnen

Wiedereinführung der Förderung für Studierendenheime und Mietobergrenzen für Heimzimmer

Geförderten Geschoßwohnbau stärken

Wohnbonus zum Zweck der Mietpreissenkung ausweiten

Verwendung nachhaltiger Rohstoffe im geförderten Wohnbau

Schaffung bzw. mehr Sanierungsförderungen

Strengere Reglementierung für Airbnb-Wohnungen-Einsatz gegen Schließung von Studierendenheimen

Steuervorteile für Anlegerwohnungen reduzieren

ÖFFENTLICHES EIGENTUM

Schrittweise Rückführung von Unternehmen der Daseinsvorsorge in die unmittelbare städtische Verantwortung sowie keine weiteren Privatisierungen von städtischem Eigentum

Die Holding Graz muss im Hinblick auf Entscheidungsstrukturen, Finanzpläne und Personalpolitik transparenter werden (teilweise erreicht)

Keine Kommerzialisierung von öffentlichem Eigentum

Schaffung von mehr konsumfreien Zonen: Der öffentliche Raum – Plätze, Parks, Grünflächen etc. – muss als Ort der Begegnung, des Lebens, des Zusammenlebens, der Erholung, als Freizeitraum für alle Generationen, für jede und jeden, frei zugänglich und nutzbar sein, und – falls vorhanden – Sitzgelegenheiten, Ruhebereichen usw. ausgestattet werden (teilweise erreicht)

Staatliche Beteiligungen am Aufbau neuer grüner Technologien

Ausbau von Beteiligungen der kritischen Infrastruktur

VERMÖGENSVERTEILUNG

Die Stadt muss sich aktiver in der Bekämpfung der Vermögensungleichheit einbringen – Sensibilisierung für die Vermögensungleichheit unter anderem durch jährliche Armutsbericht

Konsequenter Einsatz für eine Millionärssteuer (Vermögen über 1 Million Euro sollen besteuert werden)

Gewinne müssen dort besteuert werden, wo sie entstehen

Globales Vermögensregister etablieren

Faire Abgaben für Millionenerbschaften

Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene

Besteuerung von Arbeit reduzieren

ARBEIT

Verstärkte Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Unternehmen der Stadt Graz

Die Stadt Graz hat dafür Sorge zu tragen, dass in sämtlichen Bereichen Vollbeschäftigung möglich sein muss

Regelmäßige Anpassung von Personalstand, technischer Ausstattung und Arbeitsbedingungen in den städtischen Betrieben/im gesamten Haus Graz an die ständig größer werdenden Anforderungen einer stetig wachsenden Stadt

Verstärkung des Engagements im Bereich der Arbeitslosigkeit, etwa durch Ausweitung von Projekten, Lehrlingsoffensiven, durch die Unterstützung von Wiedereinstiegsinitiativen wie Reparaturläden, Wohnungsräumung, Wohnungswechsel-Hilfen etc.

Schrittweise Reduzierung der Arbeitszeit

Einsatz für einen Mindestlohn von EUR 2.500 brutto in Kooperation mit der Gewerkschaft

Leichtere Erreichbarkeit der 6. Urlaubswoche

12-Stunden-Arbeitstag abschaffen

Qualifizierungs- und Arbeitsstiftungen ausbauen
Verstärkung der Kontrollen durch das Arbeitsinspektorat

Härtere Strafen im Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping

Stärkung des zweiten und dritten Arbeitsmarktes

Sozialpartnerschaft stärken

All-in-Verträge stark einschränken

Volle Überstundenzuschläge ab der ersten Stunde

Umstieg von Teilzeitarbeit auf Vollzeitarbeit erleichtern

Rechtsanspruch auf Vollzeitarbeit

Lohntransparenzrichtlinie umsetzen

Förderung von Green-Jobs (erreicht)

Wirkungsvolle Maßnahmen ergreifen, um die Teilzeitquote von Frauen zu reduzieren

Karenzmodelle stärken (Querverweise von Frauen zu Arbeit)

WIRTSCHAFT

Genauere Evaluierung und anschließende Veröffentlichung aller Förderungen für Privatunternehmen

Verknüpfung von städtischen Förderungen mit Gemeinwohlkriterien

Eine „Verwaltungsbeschleunigung“, die ziel- und serviceorientierte Verfahrensabläufe bei Betriebsansiedlungen und -erweiterungen sowie Wohnbauprojekten gewährleisten soll, um so durch rasche Genehmigungsverfahren Graz als Wirtschaftsstandort attraktiver zu machen. Ziel ist ein One-Stop-Shop in der Form, dass die gesamte Koordination und der Ablauf des Genehmigungsverfahrens in Verantwortung einer übergeordneten Magistratsstelle liegen

Gezielte Förderungen bzw. Unterstützungen für Einpersonenernehmen (EPU) in Graz, um deren Weiterbestand zu sichern und Ausbau zu forcieren

Schaffung von Anlaufstellen mit Beratungs- und Trainingsangeboten für den sogenannten Soft-Skills-Bereich, Ausbau und leichter Zugang zu Mikrokrediten, Einführung einer Kooperationsförderung für EPU und KleinstunternehmerInnen, Unterstützung für EPU und KleinstunternehmerInnen bei sogenannten „unternehmerischen“ Fragen (z. B. Buchhaltung, Rechts- und Steuerfragen)

Entwicklung von Förderschwerpunkten für die Bereiche Lehrlingsausbildung, Frauenförderung und BerufswiedereinsteigerInnen sowie Beschäftigung von älteren ArbeitnehmerInnen über 50 Jahre

Aktionsplan „Handel draußen vor der Tür“: Maßnahmenpaket zur besseren Vermarktung von Nahversorgern und Einkaufsstrassen in allen Grazer Bezirken

Um den Wirtschaftsstandort Graz mit den damit verbundenen Arbeitsplätzen maßgeblich zu stärken und abzusichern, fordern wir die Entwicklung weiterer zukunftsorientierter „Cluster“ nach Vorbild des Autoclusters in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und den Grazer Leitbetrieben – zum Beispiel einen Bio-Med Cluster

Koralmbahncluster zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes nutzen

Sicherstellung eines wirklich fairen Wettbewerbs durch gerechte Besteuerung von Konzernen

Mehr „Made in Austria“ und „Made in Europe“ mit Unterstützung des Staates

Sanften Tourismus ausbauen

Leerstände nützen, um regionale Wirtschaft zu unterstützen

GESUNDHEIT

Ausbau der Pflegedrehscheibe bzw. Vernetzung mit den Gesundheitszentren (teilweise erreicht)

Einrichtung von Gesundheitszentren in allen Bezirken

Bei größeren Wohnbauvorhaben (wie beispielsweise Smart-City, Reininghaus, Green-City) muss seitens der Stadt Graz, die Ansiedelung von Gesundheitszentren/Praxisgemeinschaften gefördert und forciert werden

Schaffung von kostenlosen Pflegekursen in den Gesundheitszentren der Stadt Graz (erreicht)

Die städtische Gesundheitspolitik muss verstärkt auf Präventivmaßnahmen setzen

Das Beratungsangebot in den Bereichen Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit muss verstärkt werden

Pflege als öffentliche Leistung für alle sicherstellen

Diskussionsprozess über die Vorteile der Legalisierung des staatlich kontrollierten Verkaufs von Cannabis einleiten

Aktionsplan zu Long Covid etablieren

Attraktivierung des Kassenarztberufs bei gleichzeitiger Zurückdrängung von Wahlarztpraxen

Ausbildungsoffensive im Bereich der Gesundheitsberufe

Verkürzung der Wartezeit in den Gesundheitseinrichtungen

Anzahl der Medizinstudienplätze massiv erhöhen

Flächendeckender Ausbau von Primärversorgungseinheiten

Ausbau psychotherapeutischer Dienste

Ausbildungsoffensive im Pflegebereich

Ausbau der Modellversuche der Anstellung von pflegenden Angehörigen

Erhöhung des Pflegegeldes

Bessere Arbeitsbedingungen im Bereich der Pflege

Keine Privatisierung im Bereich der Pflege – Gemeinnützigkeit für neue Pflegeeinrichtungen als Vorgabe

Kostenlose Weiterbildungen im Pflegebereich etablieren



UMWELTSTADT GRAZ

Die Umweltfrage ist nicht nur auf lokaler, nationaler oder regionaler, sondern auch auf lokaler Ebene eine der wichtigsten Fragen.



Alle sozialen und gesellschaftlichen Fortschritte sind wenig wert, wenn der Klimawandel in Form von Hitzewellen und schlechter Luft die Gesundheit der Menschen nachhaltig belastet. Es liegt daher in der Verantwortung einer städtischen Verwaltung, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um Umwelt und Menschen zu schützen. Dies ist nur durch eine moderne und nachhaltig gedachte Politik möglich.

Die Verknüpfung der Themen Verkehr und Umwelt, ist für die Grazer Sozialdemokratie aus mehreren Gründen notwendig. Einerseits sind die genannten Bereiche als Ganzes zu sehen. Sie beeinflussen sich daher in besonderem Maße. So führt der motorisierte Individualverkehr in Graz zu einer großen Belastung für Umwelt und Menschen. Daher ist der Ausbau des öffentlichen Verkehrssystems aus umweltpolitischer Sicht von großer Bedeutung. Dasselbe gilt für die sanfte Mobilität. Aus diesem Grund ist es sowohl in gesellschaftspolitischer Hinsicht als auch im Rahmen städteplanerischer Überlegungen wichtig, die Wechselwirkung zu verdeutlichen, die zwischen einem ausgewogenen Mix aus Autoverkehr, öffentlichem Nahverkehr, Radverkehr sowie Fußgängerkehr und einer gesunden Umwelt besteht.



Für die Grazer Sozialdemokratie werden auf dem Weg zur „Umweltstadt Graz“ daher die genannten Themenkomplexe Schwerpunkte in der politischen Arbeit darstellen .

Die umweltpolitische Wende

In Anbetracht des fortschreitenden Klimawandels ist es aus Sicht der Sozialdemokratie unerlässlich, dass in der Stadt Graz der Umweltschutz weiterhin prioritär behandelt wird. Auf lange Sicht ist es notwendig, diesem Thema ähnlich viel Beachtung zu schenken wie unseren Kernbereich Arbeit und Soziales. Umweltschutz schafft auch Arbeitsplätze. Dafür muss er aber sozial ausgewogen sein. In diesem Zusammenhang lehnen wir rein ideologiegetriebenen Maßnahmen, welche die Masse der Menschen sozial belastet, ebenso ab, wie eine Verkehrspolitik, die große Teile der Bevölkerung verärgert.

Umweltpolitische Trendwende

Unsere Stadt muss eine umweltpolitische Trendwende schaffen. In Zukunft soll Graz österreichweit für seine Umweltfreundlichkeit bekannt sein und nicht als Feinstaubhauptstadt. Im gesamten Stadtgebiet darf niemand mehr

unter verkehrsbedingten Umweltbelastungen leiden. Daher gehen wir den auf großer Ebene richtigen Weg umweltpolitischen Weg, der 2021 eingeschlagen wurde, selbstverständlich weiter.

Gesellschaftliche Gerechtigkeit

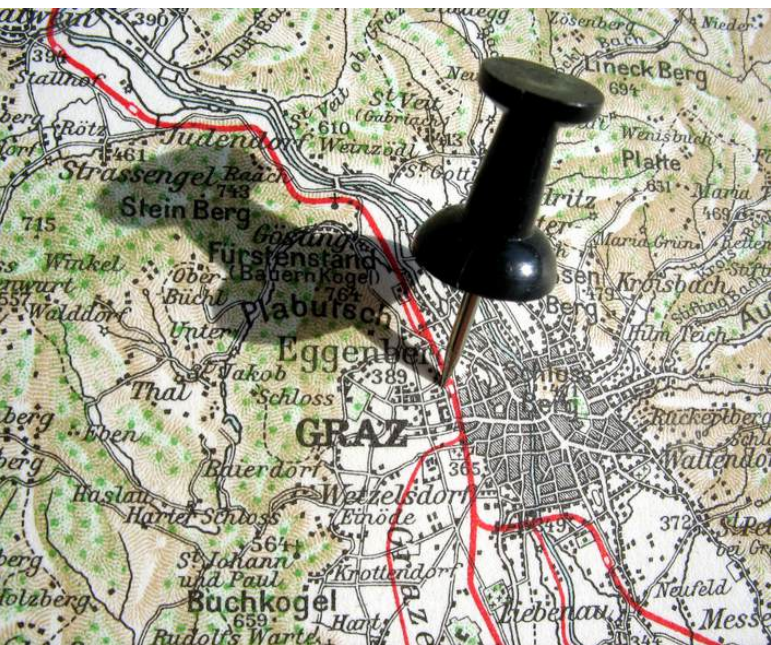
Die bereits erwähnte Verknüpfung aller politischen Fragen mit Umweltaspekten bestimmt das Handeln der SPÖ Graz mit. Letztendlich ist auch die Umweltpolitik eine Frage der gesellschaftlichen Gerechtigkeit. Als Sozialdemokratie ist es unsere Pflicht, die Menschen auch in diesem Bereich vor den Auswüchsen des Neoliberalismus zu schützen. Es sind nämlich immer wieder die Interessen weniger Großunternehmer und Superreicher, die dem Schutz der Umwelt im Sinne der Gesundheit der Vielen im Wege stehen. Daher müssen wir, um das Ziel „Umweltstadt Graz“ zu erreichen, einen klimapolitischen Verteilungskampf führen und gewinnen.

Schiene statt Straße

Die Hauptlast des öffentlichen Verkehrs in Graz soll von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Jeder Bezirk muss an die Straßenbahn angebunden sein. Der Straßenbahnausbau hat Vorrang vor dem Ausbau von Busverbindungen. Neben einer massiven Erweiterung des Straßenbahnnetzes ist für die Schwerpunktverlagerung in Richtung Schiene auch die Führung von Stadtbahn-/S- Bahn-Strecken durch die Stadt notwendig, die idealerweise – womöglich – auch unterirdisch verlaufen. S-Bahnen, die bereits durch das Stadtgebiet geführt werden, müssen zusätzliche Haltestellen erhalten.

Günstigere Öffis für alle Grazerinnen und Grazer

Nur wenn wir es schaffen den öffentlichen Verkehr attraktiver zu machen, werden die Menschen weniger häufig Wege mit dem Auto zurücklegen. Daher liegt unser verkehrspolitischer Fokus auf günstigeren Öffis. Wir setzen dabei konsequent den Weg der letzten Jahre fort. Trotz aller Erfolge ist klar, dass die Öffi-Ticketpreise in allen Kategorien



weiter sinken müssen. Gleichzeitig wollen wir den Ticketkauf durch die Schaffung von mehr analogen Ticketverkaufsstellen vereinfachen. Es muss nämlich trotz der voranschreitenden Digitalisierung allen Menschen möglich sein, schnell sowie unkompliziert günstige Tickets für die Grazer Öffis zu erwerben. So unterstützen wir vor allem die ältere Generation beim Umstieg auf das öffentliche Verkehrssystem.

VERKEHR

Weitere Senkung der Ticketpreise für Öffis in allen Kategorien

Taktverdichtung im Bereich des öffentlichen Verkehrs, vor allem in den Außenbezirken

Verlängerung der Betriebszeiten von Bussen und Straßenbahnen

Einführung von 24-h-Straßenbahnen am Wochenende und vor Feiertagen

Massiver Ausbau des Grazer Radwegnetzes (erreicht)

Wiedereröffnung der Uni-Bim (Linie 2)

Bau einer Straßenbahnlinie über den Griesplatz (teilweise erreicht)

Förderung der sanften Mobilität

Bessere Auslastung der Grazer Park-and-Ride-Zentren sicherstellen,

Mehr Park-and-Ride-Zentren in den Grazer Umlandgemeinden etablieren

Umstellung der Busflotte von fossilen Brennstoffen auf E-Antrieb bzw. weitere Alternativen

Genaueres Controlling im Bereich der Anschaffung aller öffentlichen Verkehrsmittel

Schaffung besserer Arbeitsbedingungen für die MitarbeiterInnen der Holding Graz Linien unter Einbindung der Betriebsratskörperschaft

Mitfahrt von Begleitpersonen bei gewissem Behinderungsgrad

Mehr analoge Ticketverkaufsstellen schaffen

Schaffung bzw. Erweiterung von Querverbindungen bei Radwegen

Freifahrt für Begleitpersonen im 1. Lebensjahr des Kindes

Die Verkehrssicherheit muss insbesondere vor den Grazer Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen und SeniorInneneinrichtungen erhöht werden (30er-Zonen) (teilweise erreicht)

Ausstattung sämtlicher Öffi-Haltestellen mit Warthäuschen

Ausweitung von verkehrsberuhigten Zonen

Zufahrtsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung müssen im Sinne der Barrierefreiheit auch in verkehrsberuhigten Zonen möglich sein

Schaffung eines Mikro-Öffi-Netzes in Siedlungsgebieten bzw. in Gebieten mit schlechter ÖV-Anbindung

Aufbau einer modernen City-Logistik zur Reduktion des Güterverkehrs innerhalb des Stadtgebietes auch unter Einsatz von E-Lieferwagen

Schaffung von kürzeren FußgängerInnenverbindungen durch Freigabe von gesperrten oder nur eingeschränkt zugänglichen Durchgängen (teilweise erreicht)

Um auf das unterschiedliche Verkehrsaufkommen in verschiedenen Jahresabschnitten reagieren zu können, müssen saisonale Taktanpassungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs vorgenommen werden

Ausbau und Lückenschluss von Gehwegen (erreicht)

Umgestaltung von „Schleichwegen“ durch Siedlungsgebiete zu Wohnstraßen (erreicht)

Einführung einer zweckgebundenen Nahverkehrsabgabe für UnternehmerInnen

Ausbau der Nightline

Mehr 30 er Zonen in Abstimmung mit Anrainern und auf Bezirksebene

Verbilligtes Jahresticket für den Zentralraum Graz

Senkung der Ticketpreise in allen Kategorien in Richtung Gratis-Öffis

Stärkere Einbeziehung der Grazer Umlandgemeinden im Bereich der Verkehrsplanung

Bau einer Straßenbahnlinie nach Seiersberg-Pirka



Verdichtung des Park-and-Ride-Angebots an den Stadträndern bzw. in den Umlandgemeinden – idealerweise mit unmittelbarer Anbindung an das Schienennetz

Bau einer S/Stadt-Bahn – unter Einbindung des Bundes

Verknüpfung mit PR Webling

Koralmbahn an Grazer Flughafen anbinden

Fahrradverbot in der Schmiedgasse umsetzen (erreicht)

E-Scooter-Verbot auf Radwegen durchsetzen

Regulierung von einspurigen Elektrofahrzeugen im Straßenverkehr

Errichtung eines Nahverkehrsknotens inkl. einer S-Bahn-Station in Gösting – unter Einbindung des Bundes

Bau neuer S-Bahn-Stationen (Ost- West Verbindung) im Norden und Südwesten von Graz – unter Einbindung des Bundes

S-Bahn- oder Straßenbahnanbindung des Magna- Werkes – unter Einbindung des Bundes

UMWELT

Graz muss unter besonderer Beachtung der sozialen Gerechtigkeit und Verträglichkeit bis zum Jahr 2035 klimaneutral werden

Umstellung des Fuhrparks der Stadt Graz auf E-Mobilität bzw. Hybridmotoren (erreicht)

Errichtung von mehr Photovoltaikanlagen auf den Dächern der Stadt, beginnend mit allen Gebäuden im städtischen Eigentum

Die Stadt Graz muss ihre Energie stärker als bisher aus erneuerbaren Energiequellen beziehen

Eine jährliche Senkung des städtischen Energieverbrauches in Höhe von 3% bis hin zur Klimaneutralität wird angestrebt

Pro Bezirk müssen jährlich 100 neue Bäume gesetzt werden

Schaffung eines Fernkältenetzes

Umsetzung verschiedener Maßnahmen zur Kühlung des öffentlichen Raums im Sommer

In bereits bestehende Parks und Grünanlagen muss mehr Geld investiert werden

Alle GrazerInnen müssen die nächste öffentliche Grünanlage innerhalb von maximal 15 Minuten zu Fuß erreichen können

Bereitstellung einer städtischen Prämie für die Entsiegelung von Flächen

Dachflächen und Fassaden müssen stärker als bisher begrünt werden – die städtischen Gebäude sollen hierbei Vorbildwirkung haben

Start einer großangelegten Kampagne zum Thema Mülltrennung

Kostenlose Sperrmüllentsorgung in der Sturzgasse für alle GrazerInnen

Die Grünschnittentsorgung muss grundsätzlich kostenlos erfolgen

Schaffung von dezentralen Möglichkeiten zur Müllentsorgung

Bewusstseinsbildende Maßnahmen im Bereich der Müllvermeidung müssen forciert werden

Ausbau der Fernwärmeversorgung (teilweise erreicht)

Bei der Erzeugung der Fernwärme muss stärker auf Nachhaltigkeit geachtet werden, unter anderem durch stärkere Nutzung der industriellen Abwärme (teilweise erreicht)

Einführung einer Grünflächenpflicht bei Neubauwohnungen und einer Obergrenze für Versiegelungen (teilweise erreicht)

Verbesserung der Luftqualität

Förderung für den Austausch veralteter Heizsysteme – unter Einbindung des Bundes

Verpflichtung zur Weitergabe von noch genießbaren Lebensmitteln an Sozialprojekte oder KooperationspartnerInnen der Stadt

Vorziehen des Stufenplans zum Ausstieg aus Ölheizungen in Graz



Bessere Vergütung im Bereich der Pflegeausbildung

Erhöhung des Personalschlüssels bei höheren Pflegestufen

Fokus auf den Ausbau der mobilen Pflege und den weiteren Ausbau der Tageszentren

Rücknahme der ÖGK-Reform

Mehr Kassenstellen

Bessere Verteilung von Kassenstellen innerhalb des Stadtgebiets

Mehr Community Nurses für Graz

Reduzierung der Wartezeiten durch 1450 bzw. ÖGK

Qualitätskriterien bei der 24-Stunden-Pflege verbessern

Mehr Präventionsmaßnahmen als Kassenleistung anbieten

Kostenfreier Schwangerschaftsabbruch

Städtisches Stipendiensystem

Stärkung von Anreizmodellen zum Medizinstudium

Verstärkte Aufklärung in der Drogenpolitik anstatt Repression



STADT DER FRAUEN

Ein Graz, das die Gleichstellung nicht nur verspricht, sondern lebt.



Die Frauen werden erst ihre Emanzipation erlangen, wenn sie selbst aus eigener Kraft darum kämpfen."

Diese Feststellung von Adelheid Popp, der großen Vorkämpferin der Sozialdemokratie und ersten Parlamentarierin Österreichs, hat auch nach mehr als 100 Jahren nichts an Aktualität verloren. Denn dass Frauen wirklich ihre eigenen Wege gehen können, ist noch immer keine alltäglich gelebte Wirklichkeit.

Frauenleben sind vielfältig. Sie sind Lehrlinge und Studentinnen, Mütter und Unternehmerinnen, Pflegerinnen und Pensionistinnen, Einheimische und Zugewanderte. Diese Vielfalt bringt unterschiedliche Bedürfnisse mit sich – und genau diese Bedürfnisse brauchen politische Antworten.

Denn trotz aller Fortschritte der vergangenen Jahrzehnte sind es nach wie vor Frauen, die den Großteil unbezahlter Arbeit leisten, die seltener

in Führungspositionen aufsteigen, die weniger verdienen und im Alter häufiger von Armut betroffen sind.

Graz ist eine Stadt der Frauen – 174.384 Frauen leben, arbeiten und gestalten unsere Stadt täglich mit. Eine fortschrittliche Kommunalpolitik muss das sichtbar machen und strukturelle Benachteiligungen konsequent abbauen.

Feministische Sozialdemokratie bedeutet, bei allen politischen Entscheidungen die Situation von Frauen im Blick zu haben, Rollenbilder zu hinterfragen und Frauen zu ermutigen, ihre eigenen Wege zu gehen – heute, nicht irgendwann.





Graz ist eine Stadt der Frauen – und das soll sich in jeder Entscheidung, jedem Budget und jeder Maßnahme der Stadtpolitik widerspiegeln. Wer Gleichstellung ernst nimmt, braucht mehr als gute Absichten: Es braucht verbindliche Strukturen, ausreichende Ressourcen und den politischen Willen, Benachteiligungen dort anzugehen, wo sie entstehen – in der Arbeitswelt, im Gesundheitssystem, im öffentlichen Raum und im Alltag.

Im Bereich **Arbeit und Wirtschaft** geht es darum, Frauen echte Chancengleichheit zu ermöglichen. Das bedeutet faire Löhne durch ein verbindliches Lohntransparenzgesetz mit wirksamen Sanktionen, den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten, die sich an der Lebenswirklichkeit von Eltern orientieren, und einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr.

Führungspositionen im öffentlichen Dienst und in öffentlich geförderten Einrichtungen sollen zur Hälfte von Frauen besetzt sein – nicht als Wunsch, sondern als Standard.

Vollzeitarbeitsplätze für Frauen, besonders in zukunftsträchtigen Bereichen wie Technologie, Verkehr und KI, müssen gezielt geschaffen und ausgebaut werden.

Parität in Führung: 50 % aller Führungspositionen im öffentlichen Dienst sowie in Aufsichtsräten und der Privatwirtschaft sind durch Frauen zu besetzen.

Lohntransparenz & Gerechtigkeit: Einführung eines verbindlichen Lohntransparenzgesetzes mit Sanktionen und Beweislastumkehr, das auch mittlere Betriebe umfasst.

Arbeitszeitneuordnung: Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden sowie Einführung einer 4-Tage-Woche bei gleichzeitiger Aufwertung systemrelevanter Berufe.

Wirtschaftliche Steuerung: Koppelung öffentlicher Subventionen und Aufträge an Gleichstellungsziele sowie die Umsetzung von Gender-Budgeting.

Erwerbsquote: Erreichung einer Frauenerwerbsquote von 75 % und gezielte Senkung der Frauenarbeitslosigkeit in Graz.

Soziale Absicherung: Volle Anrechnung von Eltern-, Pflege- und Hospizkarenzen auf Pensionen und alle dienstzeitabhängigen Ansprüche.

Kinderbetreuung: Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr mit lebensnahen Öffnungszeiten.

Bildung ist der Schlüssel zu Selbstbestimmung. Mädchen sollen ein breites Spektrum an Berufsmöglichkeiten kennenlernen und ermutigt werden, auch Wege einzuschlagen, die gesellschaftlich noch immer als „untypisch weiblich“ gelten. Geschlechtersensible Pädagogik gehört verpflichtend in jede Ausbildung – denn Rollenklischees beginnen früh und lassen sich nur früh aufbrechen.

Berufswahl & MINT: Vermehrte Aufnahme weiblicher Lehrlinge in MINT-Berufen und Ausbau zukunftsfitter Arbeitsplätze (Verkehr, KI).

Bildungssystem: Verpflichtende geschlechtssensible Pädagogik in der Ausbildung und Entfernung stereotyper Unterrichtsmaterialien.

Wissenschaft: Erhöhung des Anteils von Professorinnen an Universitäten und Fachhochschulen.

Chancengleichheit: Bestmögliche Förderung aller Mädchen, unabhängig von ihrer Herkunft oder ökonomischen Rahmenbedingungen.

Gesundheit ist ein Grundrecht, das für alle Frauen gleichermaßen zugänglich sein muss – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Alter. Frauen müssen selbstbestimmt über ihren Körper entscheiden können – dazu gehört der kostenlose Zugang zu Verhütungsmitteln ebenso wie die Streichung des Schwangerschaftsabbruchs aus dem Strafgesetzbuch und die Gewährleistung eines kostenlosen und sicheren Zugangs in öffentlichen Gesundheitseinrichtungen. Dass die Steuer auf Hygieneartikel abgeschafft wurde, war ein längst überfälliger Schritt – doch Periodenarmut bleibt ein reales Problem, das weiter entschlossen bekämpft werden muss.

Gendermedizin: Schaffung eines Gendermedizin-Instituts.

Versorgung: Ausbau von Frauen-Gesundheitszentren (z. B. für Endometriose) und Rechtsanspruch auf kostenlose Psychotherapie für Opfer sexualisierter Gewalt.

Körperliche Selbstbestimmung: Streichung des Schwangerschaftsabbruchs aus dem Strafgesetzbuch sowie kostenloser Zugang zu Verhütungsmitteln.

Geburtshilfe: Ausbau der Hebammenversorgung auf SV-Kosten und das Recht zur Mitnahme der Hebamme ins Krankenhaus.

Gewalt gegen Frauen ist keine Privatangelegenheit, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem. Schutzeinrichtungen müssen ausreichend finanziert, niederschwellig erreichbar und mehrsprachig zugänglich sein. Prävention – auch durch gezielte Männerarbeit – ist dabei genauso wichtig wie schnelle Hilfe im Ernstfall.

Finanzierung: Bekenntnis zur ausreichenden Finanzierung von Gewaltschutz- und Präventionseinrichtungen.

Maßnahmen: Niederschwelliger Zugang zu Einrichtungen im Raum Graz und Beratungsmöglichkeiten in verschiedenen Sprachen.

Männerarbeit: Absicherung und Ausbau der Männerarbeit als Teil der Gewaltprävention.

Im **öffentlichen Raum, in der Kultur und im politischen Leben** gilt dasselbe Prinzip: Frauen müssen sichtbar sein. Bei Straßbenennungen, Kunstankäufen, Kulturförderungen und offiziellen Ehrungen ist auf ausgewogene Repräsentation zu achten. Sexistische Werbung hat im Stadtbild nichts verloren. Und die SPÖ Graz selbst geht mit gutem Beispiel voran – auf Listen, Podien und in Gremien.

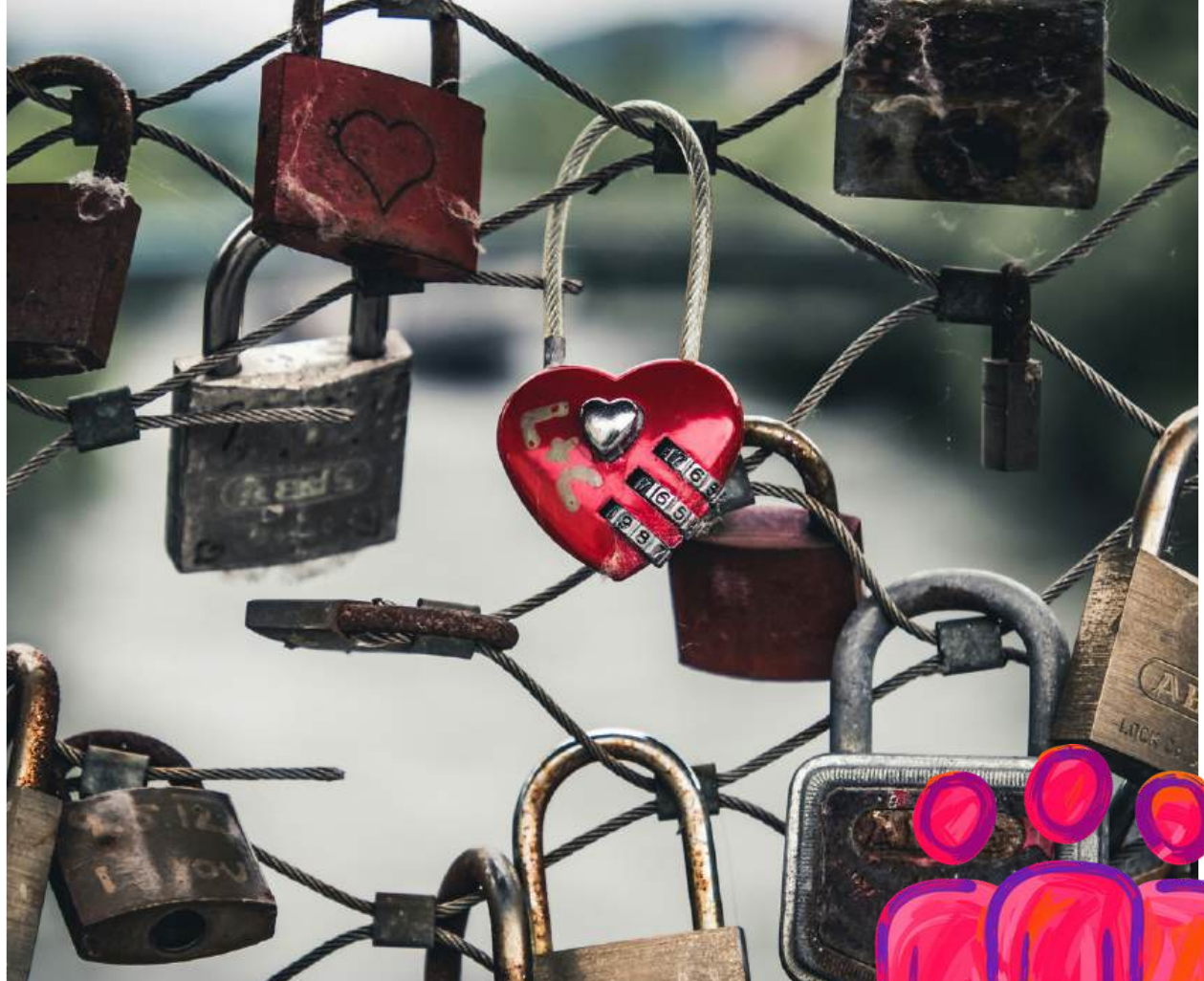
Kulturförderung: 50 % Frauenanteil bei künstlerischen Ankäufen, Ateliervergaben und in allen Kulturgremien.

Sichtbarkeit im Stadtbild: Benennung von Straßen und Plätzen ausschließlich nach Frauen, bis Parität erreicht ist.

Öffentlicher Raum: Aus für Sexismus und frauenfeindliche Werbung in Graz.

Politische Vorbildwirkung: Einhaltung des Reißverschlussprinzips bei>Listenerstellungen der SPÖ Graz.





STADT DES MITEINANDERS

Jedes Gemeinwesen kann nur auf Grundlage von Solidarität funktionieren

Gerade in einer Stadt wie Graz, in der viele Gegensätze aufeinandertreffen, muss Solidarität gelebt werden. Konflikte unterschiedlicher Natur wird es immer geben, sei es zwischen Jung und Alt, Arm und Reich, inländischer und migrantischer Bevölkerung oder innerhalb des Spannungsfeldes von Sicherheit und Freiheit. Es ist die feste Überzeugung der Grazer Sozialdemokratie, dass jeder Gegensatz lösbar ist und überwunden werden kann. Wir erachten alle Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft oder Religion als gleichwertig.

Das soziale Netz

Das soziale Netz der Stadt Graz muss so gespannt sein, dass niemand zurückgelassen wird. Die meisten Probleme entstehen überhaupt erst durch ökonomische Ungleichheit. Daher ist der Sozialbereich ein zentraler Pfeiler der sozialdemokratischen Stadtpolitik. Kein Mensch in Graz darf in Sorge um seine Existenz leben. Es steht außer Frage, dass die Stadt Graz ihre zahlreichen Herausforderungen nur durch mehr Solidarität lösen kann.

Miteinander statt gegeneinander

Ausgelöst durch die Migrationsbewegung der letzten 10 Jahre hat sich die Stadt Graz verändert. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund ist beständig gestiegen. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Entwicklung bedingt durch die weltweite Krisenlage weiter verstärken wird. Letztlich kann eine Massenmigration aus den ärmeren und von Kriegen gebeutelten Weltregionen nur durch Hilfe vor Ort eingedämmt werden. Wir treten daher für starke Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten ein.

Es steht außer Frage, dass die Migrationsbewegung der letzten Jahre für viele neue Konfliktfelder gesorgt hat. Diese können nur in Form eines Diskurses, der in gegenseitigem Respekt oder gegenseitiger Akzeptanz stattfindet, gelöst werden. Das Bekenntnis zu den westlichen Werten der Aufklärung ist aus unserer Sicht die wichtigste Grundvoraussetzung für gelungene Integration: Meinungsfreiheit, die Rechte des Individuums, Gleichberechtigung von Mann und Frau, von hetero- und homosexuellen Menschen sowie die Akzeptanz des säkularen Staates, in dem Gesetze über religiösen Vorstellungen stehen sind unverhandelbare Pfeiler unserer Gesellschaft. Als Stadt der Menschenrechte muss Graz weiterhin im Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus und Islamophobie tätig sein. Für uns ist klar, dass die Antwort auf die oftmals durch das Aufeinanderprallen verschiedener Kulturen ausgelösten Herausforderungen, klar im Sinne der europäischen Werte erfolgen muss. Wir lehnen rechte Hetze und Panikmache ab. Genauso sind wir aber gegen die Romantisierung im Bereich der Migrationspolitik sowie das Kleinreden von Problemen. Es ist nicht unsere Aufgabe festzulegen, welche Probleme existieren dürfen und welche nicht in unser Weltbild passen. Wir müssen Problemfelder aller Art lösen.

Dabei stehen für uns stets die Interessen jener Menschen im Vordergrund, die hier leben und die wichtigen europäischen Werte verinnerlicht haben.

Graz als Vorreiter

Wir bekennen uns ausdrücklich zur Europäischen Union. Nur durch gemeinsames solidarisches Handeln auf staatsübergreifender Ebene ist die Lösung komplexer Probleme möglich. Graz muss eine aktive Rolle bei der Vertiefung der europäischen Integration spielen. Daher ist es auch notwendig Städtepartnerschaften auszuweiten und zu intensivieren. In diesem Sinne können wir gemeinsam eine solidarische Stadt gestalten. Es bringt nichts, Menschen, die am Rande der Gesellschaft stehen, weiter auszugrenzen und zu Sündenböcken zu machen. Vor allem in der Migrationspolitik sind wir davon überzeugt, dass nur massive Investitionen die bestehenden Schwierigkeiten lösen können. Die Hauptschwerpunkte liegen dabei auf einer Ausweitung des Sprachkursangebots und der Schaffung von gut bezahlten gemeinnützigen Arbeitsmöglichkeiten für AsylwerberInnen bei gleichzeitigen Sanktionen im Falle von Integrationsverweigerung. So soll mittelfristig ein solidarisches Miteinander zwischen allen Bevölkerungsgruppen garantiert werden.





Des Weiteren muss eine rasche Eingliederung der Asylberechtigten in das österreichische Bildungs- und Ausbildungssystem sowie in den Arbeitsmarkt erfolgen. In einem größeren Zusammenhang muss Migration auch als Chance für das Gemeinwesen begriffen werden.

Raum für Entfaltung

Im generationenübergreifenden Bereich ist eine Stadt des solidarischen Miteinanders ein Ort, an dem Gegensätze nicht mehr bestehen, sondern weitestgehend überwunden wurden. Es muss Raum für die Entfaltung von Jung und Alt geben. Dazu bedarf es eines weiteren Ausbaus des Angebots für Jugendliche und SeniorInnen. Beide Gruppen haben ihre speziellen Bedürfnisse. So ist es notwendig, den Grazer Jugendlichen mehr und bessere Sportangebote zur Verfügung zu stellen. Unsere SeniorInnen verdienen an ihrem Lebensabend die bestmögliche Betreuung. In diesem Sinne ist es einerseits wichtig, in konventionelle Angebote wie SeniorInnenheime und Tageszentren zu investieren. Andererseits sollen auch neue Konzepte wie alternative Wohn- und Betreuungseinrichtungen gefördert werden.

Die Stadt des solidarischen Miteinanders kann nur Realität werden, wenn soziale Gegensätze überwunden werden.

Kein Bereich ist im Moment von einer so großen Kluft geprägt wie jener der Vermögensverteilung. Ein gleichberechtigtes Miteinander ist nur durch sozialen Ausgleich möglich. Dafür muss der Sozialbereich wieder jene Bedeutung behalten, die ihm zusteht.

Gleichberechtigte Anlaufstelle

Darüber hinaus sind in der Stadt des solidarischen Miteinanders die Stadtteilzentren von Bedeutung. Durch diese Zentren sollen alle Grazer Bezirke eine gleichberechtigte Anlaufstelle für alle BewohnerInnen zur Verfügung gestellt bekommen. Dieser Ansatz ist vor allem in Anbetracht der wachsenden sozialen Ungleichheit zwischen dem Osten und dem Westen der Stadt von großer Wichtigkeit.

Freiheit statt Verbotspolitik

In der Stadt des solidarischen Miteinanders werden die im Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit entstehenden Probleme in Dialogform und nicht mittels einer Verbotspolitik gelöst. In diesem Zusammenhang spielt für uns der Freiheitsbegriff eine zentrale Rolle. Dieser muss mit dem Konzept der Gleichheit verbunden werden.

Gleichberechtigt leben

Der öffentliche Raum ist in der Stadt des solidarischen Miteinanders frei von Konsumzwang und Überreglementierung. Somit steht er allen Bevölkerungsgruppen der Stadt gleichberechtigt zur Verfügung. Im Sicherheitsbereich ist und bleibt für uns der soziale Aspekt von zentraler Bedeutung.

Sicherheit für alle

Kriminalität wird am besten präventiv durch sozialen Ausgleich wirksam bekämpft. In diesem Sinne möchten wir die Ordnungswache weiterentwickeln. Sie soll primär zu einer service- und dialogorientierten Einrichtung im Bereich Konfliktmanagement werden. Die Sanktionsbefugnis rückt gleichzeitig in den Hintergrund. Gleichzeitig fordern wir mehr Polizei für Graz. Gerade die Situation in manchen städtischen Parks ist bedenklich. Wir bekennen uns in diesem Zusammenhang zu Schutzzonen als Notfallmaßnahme.

Inklusion

Es ist unsere Überzeugung, dass eine solidarische Gesellschaft allen Menschen die Grundlage für ein gutes Leben ermöglichen muss. Jeder Mensch hat das Recht, seine Fähigkeiten und Ressourcen zu entwickeln, diese einzubringen, sich ein Leben in Würde zu schaffen und dafür Unterstützungen und Hilfestellungen zu erhalten und zwar ungeachtet davon, ob dieser Mensch eine Behinderung hat oder nicht.

Stadt der Menschen

Als Stadt der Menschenrechte hat sich die Stadt Graz dazu verpflichtet, in einem Aktionsplan die UN- Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen umzusetzen. Diese Maßnahmen zu den Themen Selbstbestimmung, Teilhabe, Barrierefreiheit, Beschäftigung, Bildung und Gleichstellung müssen in Zusammenarbeit mit Menschen mit Behinderung sowie deren Angehörigen weiter ausgebaut werden. Im Sinne dieses Prinzips ist es unerlässlich, Sachunterstützung verstärkt durch finanzielle Beihilfen zu ergänzen.

Die Vorstellungen von Kultur sind so divers wie die Gesellschaft selbst

In der Stadt des solidarischen Miteinanders haben all ihre Ausprägungen gleichberechtigt

Platz. Um der Mehrzahl der Menschen die Ausübung von und die Teilhabe an der Kultur zu ermöglichen, ist der Abbau sozialer Hürden nötig.

Ausbau der Förderungen

Alle in Graz befindlichen Museen für Jugendliche unter 26 Jahren kostenlos zugänglich sein. Des Weiteren sollen die Aktionen „Hunger auf Kultur“ sowie der „Kulturpass“ ausgeweitet werden. Die selbstständige Ausübung kultureller Tätigkeit muss durch eine umfassende Bewusstseinsbildung im Jugendbereich und verstärkte Förderung von nichtkommerziellen Veranstaltungen der freien Szene sowie freischaffender KünstlerInnen garantiert werden. Generell muss die Verteilung der städtischen Finanzmittel für den Kulturbereich überdacht werden. Anstelle kommerzieller Massenevents sollen in Zukunft kleinere, aber qualitativ hochwertigere Veranstaltungen in den Genuss von Förderungen kommen. Auf diesem Weg kann mittelfristig eine aufstrebende, vielfältige und lebendige Kulturszene in Graz entstehen.

Gedenkkultur

Zur Repräsentation der kulturellen Vielfalt gehört für uns auch die Stärkung der Gedenkkultur. Um den häufig unterschätzten kulturellen und historischen Stellenwert der ArbeiterInnenbewegung hervorzuheben, soll ein Museum für Arbeit entstehen. Den richtigen Weg der Umbenennung historisch belasteter Straßennamen wollen wir in den nächsten Jahren weitergehen.

Verwirklichung von Visionen

Durch das beschriebene Maßnahmenpaket kann der Kulturbereich einen zentralen Beitrag für die Verwirklichung der Vision einer Stadt des solidarischen Miteinanders leisten. Dieser liegt vor allem in einer Erweiterung des Denkens der Menschen. Kultur hat schon immer dazu angeregt, den eigenen Horizont zu erweitern und sich in die Lage anderer zu versetzen. Auf diese Art und Weise können Gegensätze überwunden werden .

SOZIALES

Die Leistungen, die über die SocialCard bezogen werden, sollen – um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können – wieder als Geldleistungen aus- bezahlt werden (erreicht)

Erhöhung des Sozialbudgets der Stadt Graz (erreicht)

Etablierung einer Sozialdreh Scheibe als niederschwellige Anlaufstelle für anspruchsberechtigte Personen analog zur Pflegedreh Scheibe (erreicht)

Schaffung von Stadtteilzentren in allen Stadtbezirken als Informations- und Kommunikationsdreh Scheiben für die Bevölkerung

Ausbau der Notschlafstellen

Stärkung des zweiten Arbeitsmarktes in Graz

Bekanntnis zur Stärkung von gemeinnützigen Organisationen im Sozialbereich

Ankurbelung der Konjunktur durch aktive Wirtschaftspolitik

Wichtige Impulse bei Arbeit und Beschäftigung in Zusammenarbeit mit dem Land, damit benachteiligte bzw. arbeitsmarktferne Personen bessere Chancen auf Beschäftigung haben (erreicht)

Maßnahmen um Beschäftigungschancen für Menschen mit Behinderung zu erhöhen

Reparatur der bedarfsorientierten Mindestsicherung, um jenen, die es benötigen, eine menschenwürdige Existenz zu ermöglichen (erreicht)

MIGRATION

Förderung des persönlichen Miteinanders (Buddy- Projekte)

Ausweitung der Städtepartnerschaften der Stadt Graz mit Regionen, Städten und Gemeinden in Schwellen- und Entwicklungsländern im Sinne einer Entwicklungszusammenarbeit auf kommunaler Ebene (Wissenstransfer, StudentInnenaustausch, Technologieaustausch, Berufs-/Lehrlingsausbildung, humanitäre Zusammenarbeit etc.)

Mehr Unterstützung bei der freiwilligen Rückkehr bereitstellen

INTEGRATION

Verstärkung des städtischen Angebots an berufs begleitenden Dolmetschkursen

Schaffung von Kollegangeboten für alle Menschen mit Migrations- bzw. Fluchthintergrund

Förderung von Nachhilfeprojekten für alle Menschen mit Migrations- bzw. Fluchthintergrund

Ausweitung des Sprachkursangebots und Erweiterung der Zielgruppen

Einrichtung von Community Colleges zur besseren Ausbildung von Menschen mit Migrations- bzw. Fluchthintergrund

Hausordnungen und Regeln des Zusammenlebens in Parks, auf Spielplätzen, Bezirkssportplätzen etc. sind durch Piktogramme (eine für alle verständliche grafische Darstellung durch Symbole) darzulegen

Weiterbestand des MigrantInnenbeirats auf städtischer Ebene absichern

KINDER, JUGEND UND FAMILIE

Kinderarmut muss verstärkt bekämpft werden – beispielsweise durch die Erweiterung der Schulbeihilfe, kostenlose Sport- und Ferienangebote, Gratis- Nachhilfe, kostenloser Schi-/Schischuhverleih



Ausbau des Bildungs- und Freizeitangebots für Kinder

Einführung einer Kindergrundsicherung

Weiterer Ausbau der bzw. mehr Information zu FußgängerInnen-taxis (Pedi-Bus), um Schulkindern die Möglichkeit zu eröffnen, den Schulweg unter Begleitung zu Fuß zu absolvieren

Erstellung eines Konzepts zur kindergerechten Mobilität unter Einbindung des Kinderparlaments

Bessere Unterstützung ehrenamtlicher FunktionärInnen inklusive Information betreffend Rechts- und Haftungsfragen

Kostenloser Transport von Schul- und Kindergartenkindern bei Ausflügen und Veranstaltungen im Grazer Stadtgebiet durch öffentliche Verkehrsmittel

Vereinsbonus für finanziell schlechter situierte Familien

Etablierung eines Jugendzentrums in jedem Bezirk

Stärkung des Kinderschutzes

Öffentlicher Raum

Erholungsflächen mit ausreichend Sitzmöglichkeiten müssen in jedem Fall auch konsumfrei nutzbar sein

Mehr öffentliche Grillplätze in den Grazer Parks und entlang des Murufers

Reduzierung der Kosten für öffentliche Veranstaltungen mit gemeinnützigem Charakter

Teilweise Öffnung von Parkwegen für den Radfahrverkehr, wo dies ohne Beeinträchtigung der ParkbesucherInnen möglich ist

Wiedereinführung der Hundeabgabe mit Zweckwidmung für die Errichtung weiterer Hundewiesen

Erweiterung der FußgängerInnenzonen

Gendergerechte Gestaltung von Plätzen im öffentlichen Raum

Mehr Sitzgelegenheiten und Mistkübel in der Stadt

Bessere Beschattung von Spielplätzen im öffentlichen Raum

Vereinfachung der Genehmigungsverfahren für kleinere Veranstaltungen

Errichtung neuer Parks

Kühlung im öffentlichen Raum verbessern

Mehr Trinkbrunnen im öffentlichen Raum

Geeignete Plätze für Skater schaffen

Sport

Massive Investitionen in den Neubau und in die Sanierung der öffentlichen städtischen Sportanlagen

Öffentliche Sportanlagen müssen auch in den Ferien geöffnet sein (erreicht)

Grazer Sportvereine in die Bespielung/Betreuung der städtischen Sportanlagen einbinden

Kleine und mittlere Sportvereine müssen verstärkt unterstützt werden

Die Fördermittelvergabe im Sportbereich muss transparenter erfolgen (erreicht)

Senkung der Eintrittspreise für die Grazer Bäder

Mindestens ein Bezirkssportplatz in jedem Grazer Stadtbezirk

Rascher Stadionausbau

Eissportmöglichkeit im Grazer Westen

Kunst und Kultur

Freischaffende KünstlerInnen müssen verstärkt gefördert werden

Stärkere Förderung von Veranstaltungen der freien Szene bzw. Bereitstellung von Räumlichkeiten (erreicht)

Reduzierung der Auflagen für nichtkommerzielle Festivals der freien Szene

Mehr Transparenz bei der Förderung von Massenevents und Verpflichtung zu Green Events: Erreicht

Ausbau der Aktion „Hunger auf Kunst und Kultur“ und Ausweitung des Grazer „Kulturpasses“

BesucherInnenzahlen dürfen kein Förderkriterium sein

Alle in Graz befindlichen Museen müssen für Personen unter 26 Jahren kostenlos sein

Freier Eintritt in allen städtischen Museen an einem Tag pro Woche

Kulturstrategie der Stadt Graz konsequent umsetzen

Stärkung der Gedenkkultur in Graz (erreicht)

Schaffung einer Schlichtungsstelle für Streitigkeiten zwischen Anrainern und Veranstaltern

Schaffung einer Kulturservicestelle

Ausbau der Kulturlotsen

Internationalisierung im Kulturbereich verstärken

Stärkung der Bewusstseinsbildung im Bereich der Jugendkultur

Novellierung des Veranstaltungsgesetzes im Sinne einer Vereinfachung für gemeinnützige Organisationen

Fair Pay als Voraussetzung für Förderungen

Einrichtung eines Museums für Arbeit

Besetzung von Kulturgremien nach Qualitätskriterien

Erstellung eines Leitfadens zur Kulturförderlandschaft

Abhaltung von Workshops zur steirischen Kulturförderlandschaft

LGBTAIQ+

Die Stadt der Menschenrechte sollte in Zukunft mehr auf die tatsächliche Repräsentation aller Menschengruppen achten. Wir bekennen uns zu einer weltoffenen, toleranten, vielfältigen und bunten Stadt, die dies auch nach außen hin zeigt. Die Stadt soll große Unterstützerin von vielfältigen, queeren Veranstaltungen sein und durch Förderungen und Sachleistungen helfend agieren.

Sichtbares Bekenntnis der Menschenrechtsstadt Graz zu einer bunten und vielfältigen Stadt in Form von Regenbogen-Zebrastreifen, Regenbogen-Bänken und vielfältigen Ampel-Pärchen im Grazer Stadtbild (erreicht)

Einsatz für die Streichung von Trans- und Intersexualität aus dem Krankheitsverzeichnis

Wiederzulassung von Vereinen, die sexualpädagogische Dienstleistungen im Sinne der Aufklärung anbieten

Verbot der Konversionstherapie

Ausweitung des Antidiskriminierungsgesetzes auf den LGBTAIQ+-Bereich

Inklusion

Schnellstmögliche weitere Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung

Alle Lebensbereiche müssen barrierefrei zugänglich sein

Alle Kulturveranstaltungen der Stadt Graz müssen barrierefrei zugänglich sein

Die Barrierefreiheit im Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel muss weiter ausgebaut werden

Sachleistungen müssen verstärkt durch Geldleistungen ergänzt werden

Öffentliche Dokumente müssen in einfacher Sprache Form allgemein verfügbar sein

Magistratsbedienstete mit direktem Kundenkontakt sollen mittels Schulungen für das Thema Inklusion sensibilisiert werden

Erleichterung des Übergangs aus dem StBHG in den ersten bzw. zweiten Arbeitsmarkt

Bereitstellung von vielfältigen Angeboten, die Menschen mit Behinderung eine gleichberechtigte Teilhabe an Beschäftigung und Arbeit ermöglichen

Lohn statt Taschengeld

One-Stop-Shop für Heilbehelfe und Hilfsmittel

Etablierung von Inklusionsdrehscheiben

Weiterentwicklung des StBHG unter den Aspekten von größerer Flexibilität und Selbstbestimmung anhand bereits bestehender und möglicher neuer Pilotprojekte

Die Unterstützungsmaßnahmen aus den unterschiedlichen Bundes- und Landesgesetzen sind so zu gestalten, dass Teilhabe an einem inklusiven Arbeitsmarkt von Menschen mit Behinderungen gelingen kann

Der Zugang zu einer existenzsichernden Arbeit sowie einer sozialversicherungsrechtlichen Absicherung muss jedem Menschen offenstehen

SeniorInnen

Ausarbeitung und Umsetzung von alternativen Wohn- und Betreuungskonzepten für SeniorInnen

Durchgehende Anwesenheit von qualifiziertem Pflegepersonal in betreuten Wohnheimen der Stadt Graz

Etablierung von SeniorInnenangeboten in den Nachbarschaftszentren auf intergenerativer und inklusiver Basis

Ausweitung des Serviceangebots der
Pflagedrehscheibe (erreicht)

Einsatz für den Erhalt von Personal an
Supermarktkassen

Einführung eines Kulturkinotages für
SeniorInnen

Verwirklichung einer bedarfsorientierten
Grünphase für FußgängerInnen

Sicherheit

Reform der Ordnungswache mit dem Ziel der
Schaffung einer noch stärker service- und
dialogorientierten Einrichtung. Das
Konfliktmanagement sollte im Fokus stehen
und die Sanktionen im Hintergrund

Einsetzung einer ständig anwesenden,
serviceorientierten Parkbetreuung in allen
größeren Grazer Parks (wie z. B. Stadtpark,
Volksgarten, Augarten) als AnsprechpartnerIn
für die ParkbesucherInnen

Qualitative und quantitative Verbesserung der
Straßenbeleuchtung auch im Bereich der Rad-
und Fußwege sowie der Unterführungen

Bessere Beleuchtung von Spiel- und
Sportplätzen im Winter

Straßenbeleuchtung verbessern

Verstärkung präventiver Maßnahmen im
Sicherheitsbereich

Bekanntnis zu Schutzzonen als Notmaßnahme

Mehr Polizeidienststellen sowie Personal

Stärkung der vielen freiwilligen
Einsatzorganisationen

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Eigentümer:
Sozialdemokratische Partei Österreich / SPÖ
Regionalorganisation Graz, Volksgartenstraße 11, 8020 Graz

Für den Inhalt verantwortlich: SPÖ Graz

Fotos: unsplash.at / canva.at